



© KLAUS SINGER

**Glückwunsch zum Frauentag für unsere Verteilerinnen der info links!** Ohne sie und die vielen anderen Verteilerinnen und Verteiler würde die info links nicht zu den Leserinnen und Lesern kommen. Am 7. März werden wir nicht nur die neue info links verteilen, sondern auch Rosen zum Frauentag. Camilla Schuler, Helga Rindelhardt, Gesine Löttsch und Hannelore Hasterok (v.l.n.r.).



© PRIVAT

Ich  
sag  
mal  
...

**...jeder Tag ist Frauentag!** So wird und wurde es in meiner Familie gelebt, und darauf bin ich sehr stolz. Schon als Kind bemerkte ich den wertschätzenden und respektvollen Umgang gegenüber meiner Oma und Mama, der mich auch als heranwachsende Frau geprägt hat. Es war die starke, selbstbestimmte Art der Frauen in meinem Leben, die für mich stets einen sicheren Hafen darstellte. Die Wichtigkeit, mit welcher der Frauentag in der DDR, in der meine Oma gelebt hat, begangen wurde, erscheint mir heute weiterhin mehr als gegeben.

Der Frauentag ist für mich stets ein politischer Tag. Auf die Missstände und fortwährende Ungleichheit und Ungerechtigkeit hinzuweisen, steht an diesem Tag wohl besonders im Fokus. Leider beschränkt sich der politische Sprachgebrauch viel zu häufig auf das Benennen und Verurteilen. Es müssen aufrichtige Taten folgen, die würdevoll den Kampf der Frauen begleiten, stützen und vorantreiben.

Wie Clara Zetkin einst sagte: „Die Frau hat darum für ihre volle Emanzipation nur von der sozialistischen Partei etwas zu erwarten.“

Diese Partei müssen WIR sein, so müssen wir handeln. ELISA OTTO

## Wie soll ich das bezahlen?

Diesen Satz höre ich immer wieder in der Mieterberatung. Zum Jahresende erhielten viele Mieter:innen mit ihren Betriebs- und Heizkostenabrechnungen für das Jahr 2022 horrende Nachforderungen von z.T. über 1.000 Euro. Gerade bei Abrechnungen von Deutsche Wohnen, Vonovia, Adler Group und anderen Konzernen wurden derart hohe Nachforderungen der Heiz- und Warmwasserkosten geltend gemacht. Oft sind auch die „kalten Betriebskosten“ höher als für vergleichbare Wohnungen bei anderen, kommunalen Vermietern. Eine Ursache wird in der Intransparenz der Preisbildung bei der Wärmeversorgung gesehen.

Zu der de facto Monopolstellung der Wärmelieferanten wie Vattenfall kommen noch Contracting Verträge der Wohnungsunternehmen, die die

Preise weiter in die Höhe treiben. Da mutet es fast wie Hohn an, wenn der Regierende Bürgermeister in der Pressekonferenz am 16. Februar im „Bündnis für Wohnungspolitik und bezahlbaren Wohnraum“ auf das Versprechen hinweist, dass für wohngeldberechtigte Mieter:innen die Nettokaltmiete nicht mehr als 27 Prozent ihres Einkommens betragen soll. Zum einen trifft dies nur für Wohnungen mit einer geringen Größe zu, zum anderen beträgt die „zweite Miete“, d.h. die Betriebs- und Heizkosten, häufig bereits mehr als die Grundmiete. Von einer Wohnungspolitik zu Gunsten einkommensschwächerer Menschen ist hier nichts zu erkennen. Es bedarf dringend zumindest eines Härtefallfonds und einer Regulierung der Preise für diese existenziellen Güter.

Umso wichtiger ist es, sich als Mieterin und Mieter Rat und Unterstützung, u. a. bei Mieterorganisationen, zu holen und sich vor allem zu vernetzen. Gemeinsam ist es eher möglich, sich gegen überhöhte, nicht gerechtfertigte Forderungen zu wehren. In Häusern, die von Deutsche Wohnen verwaltet werden, z.B. in der Coppistraße, sowie in Kiezinitiativen haben sich die Bewohner:innen zusammengesetzt und prüfen gemeinsam die Abrechnungen.

Mein Rat: Prüfe jeden Posten, denn Du musst ihn bezahlen.

BIRGIT STENZEL

- Mieterorganisationen wie der „Berliner Mieterverein“ helfen auch bei Fragen zu den Betriebs- und Heizkosten

### Zuhören

Im Gespräch mit Ines Schwerdtner, Kandidatin für das Europaparlament.



03

### Nachfragen

Wann kommt endlich der Aufstand der Zuständigen?



04

### Hinschauen

Wo stehen Frauen heute in Deutschland?



06

### Alternativlos

Chancen und Risiken eines AfD-Verbots.



07

## KURZ GEMELDET

## IRRSINNIG MENSCHLICH

Unter diesem Titel ist in unserem Bezirk vor 15 Jahren eine Filmreihe zum Thema seelische Gesundheit ins Leben gerufen worden. Die Reihe ist eine Kooperation des Bezirksamtes Lichtenberg mit vielen anderen Beteiligten. Darunter das Kino CineMotion, in dem die Filme immer mittwochs um 17:30 Uhr zu einem Eintrittspreis von 6 Euro gezeigt werden. Am 20. März steht „Die Ruhelosen“ von Joachim Lafosse auf dem Programm. Das Werk, in dem es um den Umgang mit psychischen Erkrankungen in einer Partnerschaft geht, wurde für zahlreiche Auszeichnungen nominiert, darunter die „Goldene Palme“ bei den Filmfestspielen in Cannes und – für die beste Hauptdarstellerin und den besten Hauptdarsteller – der französische Filmpreis „César“.

## AKTIONSWOCHE FÜR VIELFALT UND TOLERANZ

Vom 22. bis zum 30. Juni wird die „Lichtenberger Queere Aktionswoche 2024“ als Zeichen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie, für einen vielfältigen, bunten, toleranten, familienfreundlichen Bezirk stattfinden. Alle Interessierten – zum Beispiel Vereine und Projekte – sind aufgefordert, mit ihren Ideen diese Aktionswoche zu bereichern und mitzugestalten. Bis Freitag, 22. März, können sie sich für die „Queere Woche 2024“ anmelden.

- Ein Anmeldeformular und weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Bezirksamtes: [www.berlin.de/ba-lichtenberg](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg).

## VIEL RAUM FÜR GUTES LERNEN

Pünktlich zum zweiten Schulhalbjahr 2024 wurde im Rahmen der Schulbauoffensive an der Schule Grüner Campus Malchow in der Doberaner Straße ein Modularer Ergänzungsbau (MEB) in Betrieb genommen. Der zweite in Berlin in der neuen Baureihe MEB 22. Und weil der erste am Barnim Gymnasium in Falkenberg an den Start gegangen ist, liegt Lichtenberg da hauptstadtweit in Führung. Der vierstöckige Neubau bietet 330 neue Schulplätze, 22 Unterrichtsräume, elf Teilungsräume für Gruppen- oder Einzelarbeit, eine Mensa mit 100 Sitzplätzen und auf den Fluren Sitznischen für kreatives Arbeiten. Durch einen Fahrstuhl über alle Stockwerke ist das Gebäude komplett barrierefrei.

TATJANA BEHREND

Eine Plattform des Austausches –  
Frauentreff Zwischenraum

Mandy Bloemendaal leitet seit 2020 den Frauentreff Zwischenraum.

Seit 2016 gibt es den Frauentreff Zwischenraum in Alt-Hohenschönhausen. Dessen Leiterin Mandy Bloemendaal berichtet, dass aus dem Frauentreff inzwischen eine Community von ca. 80 Frauen gewachsen ist. Von Beginn an stellte das Projekt für viele geflüchtete Frauen (mit Kindern und ohne Kinder) eine Plattform des Austausches dar. Darüber hinaus

werden viele Informationen weitergegeben und Beratungen angeboten. Der Frauentreff ist somit eine zentrale Anlaufstelle für die Alltagsbewältigung und für das soziale Miteinander.

Jede Woche stehen verschiedene feste Termine auf dem Programm. Immer montags ist in der Wartenberger Straße ein offener Frauen-

treff mit Kinderbetreuung. Oft wird dabei zusammen gekocht. Es finden dort aber auch wichtige Infoveranstaltungen statt, wie bspw. feministische Gesundheitsberatungen oder Job-Coachings. Zeitgleich wird immer in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen e. V. eine kostenlose Sozialberatung in verschiedenen Sprachen angeboten. Der Frauentreff Zwischenraum ist mit vielen weiteren lokalen Akteur:innen des Bezirks vernetzt. So findet bspw. dienstags in Zusammenarbeit mit der SOZDIA Stiftung ein Treffen im Interkulturellen Garten in der Liebenwalder Straße statt oder mittwochs ein Sprachcafé mit Frühstück in Zusammenarbeit mit BENN. Der Frauentreff Zwischenraum lebt von dem Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und freut sich immer über die Unterstützung durch weitere neue Ehrenamtliche.

LENA SCHLEENBECKER

- Wenn Sie Interesse haben, sich zu engagieren, melden Sie sich gerne bei Frau Bloemendaal unter 030-9811212 oder per Mail an [frauentreff-hsh@albatros-lebensnetz.de](mailto:frauentreff-hsh@albatros-lebensnetz.de)

## Gewaltprävention in Lichtenberg

Jugendliche stehen unter enormem Druck. Ob es die hohen schulischen Anforderungen sind oder die Nachwirkungen der pandemiebedingten Sprachlosigkeit. Oft ist es auch eine fehlende Sprachbildung. Das Ergebnis: Wo Worte nicht gefunden werden, sprechen oft Fäuste. Das heißt, immer mehr Gewalttaten werden auch in Lichtenberg von Jugendlichen begangen, und sowohl Lehrer:innen als auch Eltern beklagen einen stetigen Verlust der sozialen Kompetenz im Hinblick auf Empathie und Aggression.

Vermehrt versuchen Jugendliche und Jugendgruppen, die durch Gewaltbereitschaft und delinquentes Verhalten auffallen, lose an verschiedene Jugendfreizeiteinrichtungen in Lichtenberg anzudocken. Konflikte werden teilweise im Umfeld von Einrichtungen ausgetragen oder in sie hineingebracht. Dadurch entstehen bei den Fachkräften Unsicherheiten. Diese reichen von Fragen, wie das eigene Stammpublikum gesichert wird, ohne dass es auch „abrutscht“, bis hin zur Eigensicherung. Zuletzt brann-

te die Freizeiteinrichtung Pia Olymp. Allerdings steht auf der anderen Seite ein Netzwerk, das sich zum Themenfeld „Jugendgewalt“ austauscht und eine gemeinsame Handlungsstrategie entwickelt. Das Jugendamt reagiert in 41 Freizeiteinrichtungen für junge Menschen mit Angeboten aus Streetwork, Schulsozialarbeit in Schulstationen und der Jugendhilfe im Strafverfahren. Für Antidiskriminierungsberatung an Schulen arbeiten Einrichtungen wie das Ordnungsamt, das Sportamt, der Integrationsbereich, die Gebietskoordination, der Runde Tisch politische Bildung, die Polizei zusammen mit Bildungsverbänden, Schulen und Fachstellen für Suchtprävention.

Und nun gibt es auch Hilfe vom Land. Lichtenberg bekommt für die Umsetzung des „Teams Jugend-Delinquenz der Jugendgerichtshilfe“ drei Stellen zusätzlich finanziert, und zwar ausschließlich für den Bereich Gewaltprävention. Nach regelmäßigem Monitoring konnte für Lichtenberg aus den Zahlen von 2023 aus-



Jugendgewalt ist auch in Lichtenberg mehr und mehr Thema.

gemacht werden, dass der Fokus auf Neu-Hohenschönhausen, Frankfurter Allee Süd, Alt-Lichtenberg, Friedrichsfelde Süd liegt. Die Maßnahmen vermitteln Wissen in praktischen Bereichen, „denn Gewalt beginnt da, wo das Reden aufhört“. (Hannah Arendt)

SONJA LAWIN

# Wir sprechen mit den Menschen und nicht mit den Lobbyisten.

Warum will Ines Schwerdtner in das Europaparlament? | Von Klaus Singer



Bei ihrer Osttour hat Ines Schwerdtner den Menschen vor allem zugehört.

## ■ Wer bist du?

Mein Name ist Ines Schwerdtner, und ich habe mich entschlossen, nicht mehr als Journalistin an der Seitenlinie zu stehen, sondern mich selbst in die Partei Die Linke als Kandidatin einzubringen.

## ■ Warum sollen wir Ines Schwerdtner in das Europaparlament wählen?

Ich glaube, in erster Linie sollten wir Die Linke als starke Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit wählen. Aber darüber hinaus versuche ich, Brüssel mit den Problemen vor Ort zu verknüpfen und die Belange der Menschen wiederum ins Parlament zu bringen. Es muss klar werden: Wir sprechen mit den Menschen und nicht mit den Lobbyisten.

## ■ Die Europäische Union hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Das Nobelkomitee erklärte, die EU habe aus einem Kontinent des Krieges einen Kontinent des Friedens gemacht. Ist diese Begründung heute noch haltbar?

Wenn es bedeutet, dass Europa seit dem Zweiten Weltkrieg keinen Krieg

mehr auf europäischem Boden geführt hat, gilt das zumindest für den Jugoslawienkrieg schon nicht mehr. Angesichts weiterer Kriegseinsätze in Afghanistan oder im Irak oder der derzeitigen Aufrüstung verbietet sich der Titel.

## ■ Warum sind die Linken in Europa so schwach, und was willst du tun, damit sie wieder stärker werden?

Im Moment spalten sich gleich mehrere europäische Linksparteien - nicht nur wir. Das ist eine große Tragödie, denken wir an Syriza in Griechenland oder die spanische Linke. Hier geht es darum, bei den entscheidenden Themen von Frieden und Kürzungspolitik in der EU wieder einen gemeinsamen Kurs zu finden.

## ■ Welche Eindrücke hast du auf deiner Ost-Tour gesammelt, und was willst du im Europaparlament für Ostdeutschland erreichen?

Auf der Ost-Tour habe ich erst einmal zugehört, was die Menschen beschäftigt: steigende Energiepreise, Angst vor Deindustrialisierung oder der Verlust von Arbeitsplätzen. Das

sind alles Themen, die wir als Linke auch in Europa einbringen können, indem wir die Preise deckeln oder in Industrien im Osten investieren, statt sie erneut absterben zu lassen. Damit haben die Menschen nach der Wende und unter Rot-Grün enorm schmerzhaft Erfahrungen gemacht. Es ist unsere Verantwortung, uns für die Menschen dort einzusetzen, wo über Milliardensummen für Regionen und Industriezweige entschieden wird.

## ■ Du willst die Wirtschaft im Sinne der Menschen umbauen. Was heißt das konkret?

Das bedeutet konkret, dass wir nicht nur Arbeitsplätze erhalten wollen, sondern uns auch fragen, wie die Produktion gestaltet sein soll. Hier sind die Beschäftigten die Experten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften muss es darum gehen, sichere Jobs zu schaffen mit einer Perspektive, aber auch um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle. Konkret: Während Olaf Scholz eine Munitionsfabrik in Niedersachsen eröffnet, wird in Sachsen ein Werk für Solarzellen geschlossen. Das ist völliger Wahnsinn.

Wir brauchen genau das Gegenteil.

## ■ Deine Diäten willst du teilweise in einen Sozialfonds einzahlen. Was soll aus diesem Fonds finanziert werden?

Das Modell habe ich von der österreichischen Kommunistischen Partei, aber auch der belgischen Partei der Arbeit abgeschaut. Auch in der Linken gibt es bereits Sozialfonds, in die Abgeordnete einzahlen. Es geht darum, ganz konkret Menschen zu helfen. Abgehobene Politikergehälter führen zu abgehobener Politik. Das will ich gern ändern.

## ■ Mehrmals hast du uns schon bei der „Roten Tafel“ in Lichtenberg unterstützt. Wie können dich Menschen konkret in deinem Wahlkampf unterstützen?

Ich freue mich natürlich über jeden und jede, die mich im Wahlkampf unterstützen. Sei es beim Verteilen eines Flyers oder indem man ein Video der Linken an den Onkel schickt oder durch eine Spende an meinen Landesverband Sachsen-Anhalt. Jeder Beitrag ist nützlich.

## In eigener Sache: Wie weiter mit der info links?

Seit Jahrzehnten informiert unsere Bezirkszeitung über aktuelle Entwicklungen im Bezirk, diskutiert aktuelle politische Themen und hält vielfältige Tipps für Kunst, Kultur und Aktivitäten bereit. Viele fleißige Verteilerinnen und Verteiler bringen die info links unter die Leute oder bestücken die Briefkästen Lichtenbergs.

Die aktuelle Lage macht jedoch einige Änderungen notwendig. Die erste Änderung wird Ihnen bereits aufgefallen sein. Seit der letzten Ausgabe erscheint die info links im neuen Design und sieht frischer aus.

### info links

Die weiteren Änderungen sind nicht so positiv und betreffen unsere Finanzen: Zwei Tatsachen zwingen uns leider, Einschränkungen vorzunehmen. Da wäre zum einen die deutliche Erhöhung der Druckkosten über die vergangenen Jahre, zum anderen die sinkenden Einnahmen unseres Bezirksverbandes. Dies führte dazu, dass die Kosten für die info links im vergangenen Jahr nahezu das gesamte Budget für politische Arbeit im Bezirk ausmachten. Hinzu kommt, dass die bisherige Druckerei in die Insolvenz gehen musste. Darauf musste der Bezirksvorstand reagieren. So werden wir es uns wohl nicht mehr leisten können, 10 Ausgaben pro Jahr zu finanzieren.

Wir werden natürlich darüber informieren, welche Lösung der Bezirksvorstand dazu beschließt (Vorstandssitzung erst nach Redaktionsschluss).

Einigkeit gibt es in jedem Fall darüber, dass die info links unbedingt erhalten bleiben muss. Eine neue Druckerei haben wir schon in Aussicht. Wahrscheinlich wird sich das Format etwas ändern. Die Zeitung wird etwas kleiner, dafür erhöht sich die Seitenzahl von 8 auf 12 Seiten. Die Auflage bleibt bei 25.000 Zeitungen.

Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um unsere Genossinnen und Genossen an der Weiterentwicklung und Digitalisierung zu beteiligen. Gern nehmen wir Anregungen und Vorschläge zu Erneuerungen entgegen.

Wir freuen uns, dass wir trotz der Probleme zu einer Lösung kommen werden, die info links zu erhalten und unsere Mitglieder des Bezirksverbandes daran zu beteiligen.

Und so viel wissen wir schon: Die nächste Zeitung wird am 25. April rauskommen!  
MAX GALLE

## Aufstand der Zuständigen?

Es gab in den vergangenen Wochen viele Demonstrationen gegen Rechtsextremismus. Ich war in Berlin dabei. Die vielen Menschen haben mir Mut gemacht.

Im Bundestag wurde von den regierenden Parteien der geforderte Aufstand der Anständigen beklatscht. Ich fragte, wann denn der Aufstand der Zuständigen zu erwarten sei. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Die Regierung hat das eigentliche Problem nicht verstanden oder will es nicht verstehen.

Eine aktuelle Studie der schwedischen Zentralbank (2022) kommt nach der Auswertung von 200 Wahlen im Zeitraum von 1980 bis 2015 in Europa zu einem bemerkenswerten Schluss: Kürzungspolitik der Regierungen hat extreme Parteien stark gemacht.

Ein Rückgang der öffentlichen Ausgaben um 1% erhöht den Stimmenanteil der extremen Parteien um mehr als 1,5 Prozentpunkte im Jahr der Umsetzung der Haushaltspolitik. Außerdem ist der Anstieg des Stimmenanteils sehr beständig. Zwei Jahre nach dem Schock haben die extremen Parteien mehr als zwei Prozentpunkte gewonnen. Innerhalb von vier Jahren kommt es zu einem Anstieg des Stimmenanteils von drei Prozentpunkten. Die Kürzungen verursachen also hohe und langanhaltende politische Kosten. Schlimmer noch: Sie sind ein Beitrag zur Destabilisierung unserer Demokratie.

bilisierung unserer Demokratie.

Dieser Zusammenhang wird von der Ampel völlig ignoriert. Sie will weiter in sozialen Bereichen kürzen und stärkt damit rechtsextreme Parteien.

Die Strategie der Bundesregierung gegen die AfD konzentriert sich auf eine restriktivere Sozial- und Migrationspolitik. Die Ampelparteien hoffen, dass sie mit Abschiebungen von Geflüchteten, Kürzungen beim Bürgergeld und einer Nullrunde beim Kindergeld Wählerinnen und Wähler von der AfD zurückgewinnen könnten. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Die Menschen wählen lieber das Original als die Kopie.

Der Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds wurde gefragt, warum Deutschland das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum ist. Die Antwort: „Deutschland zahlt den Preis für seine sehr harte Schuldenbremse...“. Die Schuldenbremse ist nicht nur eine Investitionsbremse, sondern auch eine Gefahr für unsere Demokratie.

Der Aufstand der Zuständigen ist bisher ausgeblieben. Wir brauchen jetzt ein 100-Mrd.-Euro-Sondervermögen, um unsere Demokratie wieder stark zu machen. Mit mehr sozialer Sicherheit, mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Friedensbemühungen können wir die Rechtsextremen ent Waffen.

GESINE LÖTZSCH



**Gesine Löttsch** überreichte einen Scheck von 200 Euro für den Ferienhort der neu gegründeten Grundschule in der Schleizer Straße. Von der Spende haben die Kinder einen Ausflug ins Kinderspielland Bim & Boom unternommen.

# 5 889

ZAHL DES MONATS

Russland verfügt über 5 889, die USA über 5 244, Großbritannien und Frankreich haben zusammen 515 nukleare Sprengköpfe.

Frau Barley, die Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl, möchte über EU-Atomwaffen reden. Wenn die USA nicht mehr ihre schützende Hand über Europa halten sollte, dann müssten wir über EU-Atomwaffen nachdenken.

Um mit Russland gleichzuziehen, bräuchte die EU – französische und britische A-Waffen eingerechnet – nur noch 5 374 nukleare Sprengköpfe. Da werden die 300 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr, die jetzt SPD- und CDU-Politiker fordern, nicht reichen.

Will die SPD einen EU-Atomwaffen-Wahlkampf führen? Oder hat sich Frau Barley einfach nur verplappert? Im SPD-Wahlprogramm für die Europawahl steht: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon lange die Vision einer europäischen Armee.“ Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler, war der Meinung, dass, wer Visionen hat, lieber zum Arzt gehen sollte. Hatte er recht? Ich finde Visionen nicht schlecht. Allerdings hatte die SPD mal ganz andere Visionen. Sie wollte sogar einmal Sozialismus.

Der Atomwaffenverbotsvertrag verbietet Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen. Am 22. Januar 2021 trat der Vertrag in Kraft. Bis zum 26. September 2022 hatten 91 Staaten unterzeichnet, 68 Staaten den Vertrag ratifiziert. Die Bundesrepublik hat den Vertrag nicht unterzeichnet. Wer mehr Sicherheit will, sollte keine neuen Atomwaffen bauen, sondern den Vertrag unterschreiben.

KLAUS SINGER

### SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: Dienstag, 26.3.24, 17 bis 19 Uhr  
Anmeldung unter: Telefon 99 27 07 25 oder [gesine.loetzsch@bundestag.de](mailto:gesine.loetzsch@bundestag.de)

# FRAKTIONS-REPORT

Fraktion Die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg

März 2024



Die Fraktion mit ihren Gästen Gesine Löttsch, Camilla Schuler, Hendrikje Klein und Sebastian Schlüsselburg vor dem Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH). Im Konferenzraum des KEH hat die Klausur stattgefunden.

KOMMENTAR



## Wir bleiben das Original

Die Zeiten, in denen mit der Herkunft und dem gesellschaftlichen Stand auch die Parteienbindung in die Wiege gelegt wurden, sind glücklicherweise vorbei. Wählerinnen und Wähler sind sehr viel freier, ihre Wahlentscheidung jedesmal neu festzulegen. Das wirkt sich auch auf die Parteienlandschaft aus.

Dieser gesellschaftliche Trend geht an der Linken nicht vorbei. Wir merken dies mit steigenden und sinkenden Wahlergebnissen. Wir merken dies auch, weil drei Mitglieder der Fraktion sich entschieden haben, der neuen politischen Formation unter Sahra Wagenknecht beizutreten.

Wir bedauern diesen Schritt, weil er Die Linke schwächt und weil damit die gesellschaftlich progressiven Kräfte insgesamt geschwächt werden. Wir verurteilen diesen Schritt, weil nicht erkennbar ist, dass die drei ihr durch Die Linke errungenes Mandat zurückgeben. Der politische Neuanfang beginnt mit einem Betrug an den Wählerinnen und Wählern.

Dennoch ist der Austritt aus Partei und Fraktion richtig. Wer sich von den linken Werten entfremdet hat, muss auch politisch eigene Wege gehen.

Wir, die verbleibenden elf Mitglieder der Linksfraktion, fühlen uns weiterhin den Ideen einer Welt verpflichtet, die friedlich, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Internationale Solidarität ist für uns kein Fremdwort. Nationale Egoisten sind nicht nur moralisch fehl am Platze, sondern auch, weil die Probleme dieser Welt an den eigenen Grenzen nicht halt machen. Unser Verständnis von Politik ist größer als reine Empörung. Unser Verständnis von Politik heißt auch, jenen eine Stimme zu geben, die nicht gehört werden. Wer uns wählt, weiß, wofür wir stehen, dass wir Probleme nicht nur benennen, sondern lösen. In diesem Sinne: Bleiben Sie uns gewogen und entscheiden Sie sich für das Original an Vernunft und Gerechtigkeit.

CHRISTIAN PETERMANN

## Vertrauen durch Glaubwürdigkeit

Wir wollen glaubwürdig sein und das Vertrauen der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger erlangen. Wir stehen für ein klares inhaltliches Angebot. Wir machen keine leeren Versprechungen und setzen uns konsequent für ihre Anliegen ein. Mit diesem Anspruch fand die Klausurtagung der Lichtenberger Linksfraktion statt.

Ein solches Anliegen ist das Kultur- und Bildungszentrum. Wir wollen auf der großen Freifläche zwischen Falkenberger Chaussee, S-Bahnhof Hohenschönhausen und Kino „Cinemotion“ nicht nur den Bau von 500 Wohnungen, sondern auch neue Angebote für den bestehenden Stadtteil. CDU und SPD haben die Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums verschleppt. Mit unserer neu für Stadtentwicklung zuständigen Stadträtin Camilla Schuler werden wir die Planung von Bibliothek, Veranstaltungssaal und sozio-kulturellen Angeboten anstoßen.

Dabei wissen wir um die katastrophale Haushaltssituation im Land. SPD und CDU gefährden mit ihrem Kürzungskurs das Funktionieren unserer Stadt. Schon jetzt sind in Lichtenberg die Auswirkungen spürbar: Die Finanzierung der Anlaufstelle Bürgerbeteiligung ist halbiert, die Kontrolle in den Grünanlagen durch die Parkläufer reduziert worden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Beratung war die

Verkehrssituation im Kaskelkiez. Durch die unglückliche Kommunikation der für Verkehr zuständigen grünen Stadträtin ist der Kiez aufgebracht. Die Linke steht weiterhin zur Verkehrsberuhigung im Kaskelkiez, ging doch dieser Entscheidung ein Einwohner:innenantrag mit 1400 Unterschriften voraus. Allerdings sind neben der Sperrung der Stadthausstraße zusätzliche Maßnahmen zur Verkehrlenkung erforderlich. Wir wollen genau anhören, welche Vorschläge hierfür auf der EinwohnerInnenversammlung am 29. Februar unterbreitet werden.

Für diese inhaltlichen Ziele brauchen wir parlamentarische Mehrheiten. Die größten Übereinstimmungen – seien es der Ausbau von Bus und Bahn oder die Sicherung von Produktionsflächen für das lokale Gewerbe – haben wir mit SPD und Grünen. Hier setzen wir auf Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Das bedeutet auch, dass wir klare Erwartungen an unsere Kooperationspartner haben. Die Vorgänge um Kevin Hönecke, nach denen er mit intriganten Methoden der Linken im Wahlkampf schaden wollte, belasten dieses Verhältnis. Von der SPD erwarten wir deshalb, dass sie die Hängepartie im Bezirksamt schnellstmöglich beendet. Entweder werden alle Vorwürfe zurückgenommen, oder aber die SPD besetzt die ihr zustehende Position im Bezirksamt neu.

CHRISTIAN PETERMANN

## Ein Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls

Die brutalen Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel haben uns alle zutiefst erschüttert. Ebenso die schrecklichen Folgen, der Krieg im Gazastreifen mit all seinen furchtbaren Konsequenzen für die Zivilbevölkerung.

Ende Dezember vorigen Jahres erhielt ich als Vorsitzende des Ausschusses Partizipation und Integration in der BVV Lichtenberg Post von einer Lichtenberger Bürgerin. Sie hatte sich an unterschiedlichste politische Akteure mit der Bitte gewandt, eine Initiative zu unterstützen, deren Anliegen politische Patenschaften für von der Hamas verschleppte israelische Geiseln ist. Alle im Ausschuss vertretenen demokratischen Parteien begrüßten dieses Engagement und beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, eine solche politische Paten-



© PRIVAT

**Agam Berger** ist passionierte Geigerin.

schaft zu übernehmen. Und zwar – mit Einverständnis ihrer Familie – für Agam Berger. Sie ist eine 20-jährige Musikstudentin, die passioniert Geige spielt und sich für benachteiligte Kinder einsetzt. Seit ihrer Entführung gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihr.

Für uns hat die Befreiung dieser unschuldigen jungen Frau und aller anderen Geiseln höchste Priorität. Wir wollen mit der Patenschaft Agam Berger und ihre Angehörigen ganz konkret, zum Beispiel bei der gesundheitlichen und psychologischen Betreuung, unterstützen, ein Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls setzen. Wir werben für weitere Patenschaften in Berlin. Und wir wollen zeigen, dass Antisemitismus keinen Platz bei uns hat – nicht im Land, nicht in der Stadt, nicht im Bezirk Lichtenberg.

TATJANA BEHREND

## Sabotiert der Senat eine neue S-Bahn für den Osten?

Seit fast einem Jahr regiert der neue Senat aus CDU und SPD in Berlin. Vor allem Menschen, die außerhalb der Berliner Innenstadt wohnen, haben sich bei der letzten Wahl für die CDU entschieden, denn die Partei hatte das Blaue vom Himmel versprochen: Grüne Wellen für den Autoverkehr, neue U-Bahnlinien bis an den Stadtrand und aufgeständerte Magnetbahnen, um schnell von A nach B zu kommen.

Doch viele CDU-Versprechen zerschellen erwartungsgemäß an der Realität: Mehr grüne Wellen seien praktisch nicht mehr möglich, hieß es kürzlich. Die Kosten für die U 3-Verlängerung um eine einzige (!) Station verdoppelten sich gerade auf über 100 Millionen Euro. Und der Bund lehnt jede finanzielle Unterstützung für Magnetbahnen ab. Neue Bahnverbindungen müssen also auf bewährte Technologien setzen und günstig oberirdisch gebaut werden.

Die stark wachsenden Bezirke Lichtenberg, Marzahn und Köpenick könnten relativ einfach mit einer neuen S-Bahn an den Flughafen BER an-



© ALEXANDER ROSSMANN

Im Biesendorfer Sand könnte eine S-Bahn-Strecke entstehen.

geschlossen werden: Hierzu muss nur die bestehende Bahnstrecke Berliner Außenring erweitert werden. Für dieses „NVT“ genannte Projekt werden seit Jahrzehnten Flächen freigehalten.

Doch nun hat der Senat beschlossen, einen Teil der Flächen stattdessen mit der Schnellstraße „TVO“ zu bebauen. Statt umweltfreundliche

Mobilität für alle zu ermöglichen, dürften nur Menschen mit Auto die neue Querverbindung nutzen. Wir als Linke fordern, dass beim Bau der Schnellstraße die Erweiterung der Schienenverbindung unbedingt freigehalten wird. Unser BVV-Antrag (DS/1052/IX) sieht vor, die Straßenplanung so zu ändern, dass die neue S-Bahn nicht gefährdet wird.

ALEXANDER ROSSMANN

## Kitaplätze im Prinzenviertel erhalten

Die Kita Glücksallee in Karlshorst steht vor einer unsicheren Zukunft. Die Immobilie, in der die Kindertagesstätte untergebracht ist, wurde im letzten Jahr zwangsversteigert. Der neue Eigentümer macht von seinem Sonderkündigungsrecht Gebrauch, was die Schließung der Einrichtung zur Folge hat. Ungefähr

40 Kinder und Familien sind dadurch direkt damit konfrontiert, im Sommer einen neuen Kitaplatz in Wohnortnähe zu benötigen. Auch wenn die Kitaplatz-Entwicklung bezirkswweit in den vergangenen Jahren insgesamt positiv war, ist es noch immer nicht einfach, in Wohnortnähe zeitnah einen Kitaplatz zu ergattern.

Wir haben mit unserem dringlichen Antrag (DS/1081/IX) in der Januar-BVV dem Anliegen politischen Rückenwind gegeben. Darin fordern wir das Bezirksamt auf, sich unverzüglich mit dem neuen Eigentümer in Verbindung zu setzen und darauf hinzuwirken, dass der Betrieb der Kita über den Juli hinaus möglich bleibt. Gleichzeitig muss die Suche nach neuen Räumlichkeiten in Karlshorst begonnen bzw. der Träger hierbei bestmöglich unterstützt werden. Die betroffenen Familien dürfen in ihrem Bestreben, neue Kitaplätze zu finden, nicht allein gelassen werden. Idealerweise können möglichst viele Kinder weiterhin gemeinsam betreut werden, da ein Wechsel für die Kinder nicht nur eine logistische Herausforderung darstellt, sondern auch immer mit einer neuen Ein- und Umgewöhnung einhergeht. Im Ergebnis soll kein Kind quer durch die Stadt fahren müssen, um betreut zu werden.

Wir setzen uns selbstverständlich weiterhin für den Erhalt und Ausbau von Kitaplätzen in ganz Lichtenberg ein.

SAMANTHA KLUG



© TATJANA BEHREND

Die Kita Glücksallee soll im Sommer geschlossen werden. Die Linke macht sich für ihren Erhalt stark.

## Wehret den Anfängen!

Am 27. Januar kamen auch in diesem Jahr an vielen Lichtenberger Orten Menschen zusammen, um anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee der unzähligen Opfer des Holocausts zu gedenken. Viele waren wieder der Einladung des Manfred von Ardenne Gymnasiums zur Erinnerung am Gedenkstein für die Synagoge an der Konrad-Wolf-Straße in Hohenschönhausen gefolgt. Einer Schule, in der viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund lernen, und das in einer Atmosphäre von Unvoreingenommenheit, Solidarität und gegenseitiger Achtung. Eindrucksvoll schilderten sie den gemeinsamen Schulalltag, in dem Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Der Theologe und Musiker Olaf Ruhl begleitete die Veranstaltung auch in diesem Jahr sehr einfühlsam mit jiddischen Liedern. Die Jugendlichen verlasen die Namen von Lichtenberger Opfern des Holocausts. Zu hören, wie viele hunderte Menschen und ganze Familien getötet worden sind, war schier unerträglich.

Angesichts des Erstarkens der AfD ist der Appell wichtiger denn je und hoffentlich noch nicht zu spät: Wehret den Anfängen!

2025 jährt sich zum 80. Mal die

Befreiung von Auschwitz. Ein trauriges Jubiläum, das umso intensiver zu begehen sein wird. Die Linke in der BVV Lichtenberg stellt sich gemeinsam mit vielen anderen Menschen zu jeder Zeit Rechtsextremismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus entgegen. Nie wieder darf zugelassen werden, dass Menschen verfolgt, bedroht, entrechtet, ermordet werden!

TATJANA BEHREND



**Auch Die Linke in der BVV** hat am 27. Januar an der Gedenktafel für die Alte Synagoge in Hohenschönhausen Blumen abgelegt.

## 40 Jahre Neu-Hohenschönhausen



**Gäste der Jubiläumsfeier:** Michael Grunst, Ines Schmidt, Toni Kraus und Susann Schiebe.

Am 9. Februar haben wir das 40. Jubiläum der Grundsteinlegung von Neu-Hohenschönhausen im Kunsthaus 360° am Prerower Platz gefeiert. Die Veranstaltung war besonders bewegend, da Susann Schiebe von der ArtKi gGmbH, eine gebürtige Hohenschönhauserin, eine emotionale Rede über unseren Heimatbezirk hielt.

Michael Grunst, der ehemalige Bezirksbürgermeister für Die Linke, betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit eines kulturellen Zentrums für alle Bewohnerinnen und Bewohner Hohenschönhausens. Angesichts der zunehmenden Familienarmut sind besondere Bedürfnisse in Hohenschönhausen zu beachten, die im Gesamtbezirk Lichtenberg nicht immer ausreichend berücksichtigt werden. Mit dem KuBiZ setzt sich die Linksfraktion seit Jahren dafür ein,

ein modernes, multifunktional nutzbares Kultur-, Bildungs- und Verwaltungszentrum in Hohenschönhausen anzusiedeln, das verschiedenste Angebote unter einem Dach vereint. Ein Projekt, das auch von Ines Schmidt, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Die Linke und ebenfalls Gast bei der Jubiläumsfeier, auf Landesebene unterstützt wird.

Zum krönenden Abschluss wurde im Kunsthaus im wahrsten Sinne des Wortes der Grundstein gelegt: Ein faszinierendes Lego-Klembaukasten-Projekt startet bald, bei dem Groß und Klein die Möglichkeit haben, Neu-Hohenschönhausen mit Bausteinen nachzubauen.

Übrigens: Schon elf Monate nach Grundsteinlegung wurden die ersten Wohnungen in der Barther Straße bezogen. TONI KRAUS

## Hand in Hand – Für eine solidarische Gesellschaft

Am 3. Februar demonstrierten wieder Hunderttausende rund um das Reichstagsgebäude in Berlin. Das Bündnis „Hand in Hand“, bestehend aus über 160 Organisationen, hatte zwei Wochen nach der ersten Großdemonstration in ganz Deutschland die Menschen erneut aufgerufen, der rechten Normalisierung in ganz Europa entgegenzutreten.

Beim Aktionstag #WirSindDie-Brandmauer bildeten die Demonstrierenden eine Menschenkette rund um das Bundestagsgebäude. Es gilt für uns alle, die Demokratie und Menschenrechte gegen rechte Ideologien und Populismus zu verteidigen. Zahlreiche Mitglieder folgten auch an diesem Tag dem Aufruf der Berliner Linken. Auch die Linksfraktion Lichtenberg nahm mit unserer direkt

gewählten Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch sowie zahlreichen Mitgliedern aus den Ortsverbänden

daran teil. Gemeinsam zeigen wir, dass wir als Linke die einzige Alternative sind.



**Machtvolle Demonstration** gegen die faschistische Gefahr.

So verabschiedeten wir bereits am Holocaust-Gedenktag, dem 27. Januar, den Beschluss „Unsere Alternative heißt Solidarität“, und unsere Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan legten ein 4-Punkte-Sofortprogramm gegen die AfD vor. Dass so viele Menschen in ganz Deutschland an diesem regnerischen Samstag auf den Straßen waren, macht Mut für die anstehenden Wahlen in Ostdeutschland. Wir dürfen den Rechtsruck in den Parlamenten und in unserer Gesellschaft nicht zulassen. Als antifaschistische Partei ist es unsere Pflicht, den Rechten mit aller Kraft entgegenzutreten, hier und überall, heute und an jedem anderen Tag im Jahr. Für uns ist klar: Nie wieder ist jetzt!

CLAUDIA ENGELMANN

# Übersetzerin, Lektorin, Vorleserin – Ursula Ulbricht



Ursula Ulbricht

Ursula Ulbricht gehört zu der Generation, die die Schrecken des 2. Weltkrieges noch miterlebte. Sie wurde 1935 in Brandenburg an der Havel geboren. Sie erinnert sich an einen für sie fremden Mann in Militäruniform, der die Familie beim Fronturlaub besuchte - ihren Vater Walter Fuchs. Er überlebte den Krieg und kehrte 1946 als Antifaschist aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurück. Ursula beschreibt die Aufbruchstimmung und den Neuanfang nach dem Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone. Ihr Vater engagierte sich u.a. im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung, einer demokratischen Massenorganisation, die sich dem Antifaschismus und Humanismus verschrieben hatte. Ihre Mutter Ella wirkte im Demokratischen Frauenbund Deutschlands. In diesem Geist wuchs Ursula zusammen mit ihrem 1939 geborenen Bruder auf.

Ursula war eine gute Schülerin und sprachbegabt. Russisch und Englisch lernte sie schnell. Wie ihr Vater, der in der „Märkischen Volksstimme“ arbeitete, wollte sie Journalistin werden. Im Herbst 1953 begann sie ein Journalistikstudium in Leipzig und erklärte sich einverstanden, nach dem ersten Semester das Studium in Leningrad fortzusetzen. Ursula erzählt lachend,

dass während der Vorbereitung sogar an einen warmen Wintermantel für sie gedacht worden ist. Doch es kam ganz anders. Das Ende des Koreakrieges führte dazu, dass das Kontingent für DDR-Studenten in der Sowjetunion zugunsten von Koreanern gekürzt wurde. Letztlich begann sie 1954 ein Studium der Polnischen Sprache und Literatur (Polonistik) in Krakau. Zu diesem Zeitpunkt sprach sie kein Wort polnisch. Nach einem Jahr war sie sprachlich soweit, dem regulären Vorlesungsbetrieb folgen zu können. In ihrer Magisterarbeit verglich sie zwei polnische Übersetzungen von Goethes Faust.

Schon während des Studiums hat Ursula gedolmetscht. Nach dem Studium wurden ihre guten Sprachkenntnisse auch vom ZK der SED und von der DDR-Regierung in Anspruch genommen. Sie dolmetschte auf höchster Ebene, so den damaligen Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Władysław Gomułka, und den langjährigen Ministerpräsidenten Polens, Józef Cyrankiewicz. Ihr letzter großer Dolmetschereinsatz war während des Globke-Prozesses 1963 in Berlin. Der Altnazi Hans Globke, der in der BRD Karriere machte, wurde vom Obersten Gericht der DDR in Abwesenheit zu einer lebenslangen

Freiheitsstrafe verurteilt.

Ursula hatte 1961 geheiratet und zwei Kinder bekommen. Sie arbeitete dann beim Rundfunk der DDR. In der Abteilung Internationale Verbindungen berichtete sie über das Leben in der DDR. In ihrer späteren Verlagstätigkeit hat sie im Kinderbuchverlag osteuropäische Literatur für Kinder lektoriert und polnische Kinderbücher übersetzt. Bis zum Ende der DDR war sie dann im Militärverlag in der Abteilung für Belletristik, Memoiren und Dokumentarliteratur beschäftigt. Mit 55 Jahren wurde sie in den Vorruchbestand geschickt. Mit ihrem Mann Horst hat sie noch verschiedene Jobs angenommen: Aufsicht im Pergamonmuseum, Briefe nachts in der Post sortiert und Telefonumfragen bei Forsa durchgeführt. 1992 hat dann das Ehepaar eine große Reise durch die Türkei und Griechenland gemacht und die Stätten der Antike kennengelernt, die ihnen schon im Pergamonmuseum begegnet sind. Seit 2020 ist Ursula Ulbricht verwitwet. Sie ist auch im Alter sehr sportlich. Sie geht regelmäßig schwimmen und wandern. Seit einiger Zeit ist sie Vorleserin im Nachbarschaftstreff Mellenseestraße 24. Das macht ihr und den Zuhörern viel Vergnügen.

DANIELA FUCHS

## WANN UND WO

- **21. März, 17 Uhr**  
Bezirksverordnetenversammlung,  
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36.  
Die Tagung wird auch im  
LiveStream übertragen: [http://  
videotron.de/lichtenberg/](http://videotron.de/lichtenberg/)

## KULTURTIPP

### Je pense à toi Charlott

Museum Lichtenberg

### Landschaft. Erinnerung

Ratskeller-Galerie

Es sind ungewöhnliche Ausstellungen des Künstlerpaars Eva Beth und Torsten Oelscher, die an zwei Standorten im Bezirk zu sehen sind. Im Museum Lichtenberg werden Fotografien aus der Umgebung des früheren deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gezeigt. Es sind vornehmlich Winterlandschaften. Es ist als, habe die Natur das Terrain zurückerobert, und doch bleibt es ein Ort der Vernichtung und Gewalt. Es ist eine besondere Erinnerung an die Shoa. Erstaunlich ist das Experiment, die sechs Buchstaben des Wortes GEWALT durch mathematische Berechnungen in Licht und Farbe umzuwandeln. In der rk-Galerie werden Fotografien und eine filmische Arbeit aus der Umgebung der ehemaligen Vernichtungslager Treblinka und Chelmo präsentiert.

DANIELA FUCHS

- **Museum Lichtenberg,**  
Türschmidtstraße 24, Di bis So  
11–18 Uhr, bis 23.6.24
- **rk-Galerie,** Möllendorffstraße 6,  
Mo–Fr 10–18 Uhr, bis 15.5.25

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Die Linke in der BVV Lichtenberg  
V.i.S.d.P. Christian Petermann, Antje  
Schwatschew

### Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

### E-Mail:

[fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de](mailto:fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de)

**Web:** [www.linksfraktion-lichtenberg.de](http://www.linksfraktion-lichtenberg.de)

**Telefon:** (030) 90 296 31 20

**Redaktionsschluss:** 21. Februar 2024

**Gestaltung:** Uta Tietze

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



# Wo stehen Frauen heute in Deutschland?



## Häusliche Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen ist immer noch die häufigste Form von Gewalt. Die Zahl der registrierten Fälle steigt, die Dunkelziffer ist deutlich höher. Am häufigsten findet sie im häuslichen Umfeld statt, eigentlich ein Ort der Vertrautheit und Sicherheit. Häusliche Gewalt gegen Frauen gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten. Frauen erleiden Drohungen, Erniedrigungen, werden isoliert und erleiden körperliche und sexuelle Übergriffe. Meist ist das kein einmaliges Ereignis, die Häufigkeit steigt sehr oft an.

All das müssen Frauen ertragen, weil hier die Machtverhältnisse ausgenutzt werden. Die Frauen verlieren ihr Selbstwertgefühl, vernachlässigen ihr soziales Umfeld, verlieren ihre Lebensziele. Sie schämen sich und suchen oft die Schuld bei sich. Gewalt

gegen Frauen ist oft auch Gewalt gegen Kinder, sie sind immer mit betroffen. Schon in dem Augenblick, wo sie mit ansehen müssen, wie Gewalt gegen die Mutter verübt wird, sind sie Teil dieser Gewaltspirale.

Es gibt zahlreiche Angebote für Frauen, die aber oft erst greifen, wenn die Frau bereits Gewalt erfahren hat. Das ist zu spät! Im Fokus muss die Aufklärung stehen, nicht nur für Frauen, für alle Menschen. Es muss klar sein, wo Gewalt beginnt, damit Opfer genau in diesem Augenblick sofort reagieren können. Unsere Aufgabe ist es, aufmerksam zu sein und Unterstützung zu geben und das Thema häusliche Gewalt gegen Frauen immer und immer wieder aufzuerufen!

CAMILLA SCHULER

## Chancengleichheit in Bildung und Erwerbsleben?

Bis zur vollständigen beruflichen Gleichstellung lobt das Weltwirtschaftsforum noch 131 Jahre aus. Dies ist angesichts der noch vielerorts brutalen Unterdrückung der Menschenrechte von Frauen (bspw. in Afghanistan oder im Iran) eine gewagte Prognose. Zwar sehen wir in demokratischen Staaten eine langsame Entwicklung, in der die Gleichberechtigung voranschreitet, jedoch sind auch diese Staaten noch weit von einer kompletten Gleichstellung entfernt.

In Deutschland sehen wir seit vielen Jahren ein steigendes Bildungsniveau von Frauen. Während die sogenannte Bildungsexpansion nach wie vor nicht zu einer Bekämpfung der Bildungsungleichheit hinsichtlich

sozialer Herkunft geführt hat, kann doch festgestellt werden, dass die Zahl höherer Bildungsabschlüsse gerade bei Frauen immer weiter steigt. Vor diesem Hintergrund überrascht es umso mehr, dass sich diese Entwicklung weder im Einkommen noch in der Besetzung von Führungspositionen widerspiegelt. Aufgrund familiärer Sorgearbeit arbeiten Frauen zu einem größeren Anteil in Teilzeit, wodurch sie schließlich auch im Alter häufiger von Armut betroffen sind. Wir brauchen daher eine geschlechtergerechte Gesellschaft, mit einer gesicherten staatlichen Infrastruktur für Kinder und mehr politischer Teilhabe von Frauen.

LENA SCHLEENBECKER

## § 218

Am 9. März 1972 wurde durch die DDR-Volkskammer das Gesetz „über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ beschlossen. Erstmals durften Frauen in den ersten zwölf Wochen nun selbst über einen Abbruch entscheiden. Das ist jetzt 52 Jahre her. Die Rechtslage ist in der Bundesrepublik immer noch eine andere. Abtreibungen sind in unserem Land strafbar. Ein Schwangerschaftsabbruch ist nur in bestimmten Situationen strafrei. Die Kosten können bei medizinischer Notwendigkeit oder nach einer Vergewaltigung von der Krankenkasse übernommen werden.

Das ist für viele Frauen eine Zumutung. Doch nicht nur die Rechtslage ist eine Zumutung, sondern auch die tagtägliche Praxis. Immer weniger

Ärztinnen und Ärzte sind noch bereit, einen Abbruch vorzunehmen. Die Zahl der Praxen und Kliniken, die Abbrüche durchführen, ist seit 2003 um 40 Prozent gesunken: von 2000 auf 1200 Stellen. Was ist das Recht wert, wenn immer weniger Ärzte und Kliniken Abtreibungen vornehmen? In der Stadt Trier – mit seinen 115 000 Einwohnern – gibt es keinen einzigen Arzt, der Abtreibungen vornimmt. Erschwerend kommt hinzu, dass selbsternannte Lebensschützer Frauen und Ärzte bedrohen.

Für mich ist es nicht hinnehmbar, dass Frauen immer noch nicht selbst über ihr Leben entscheiden dürfen. Der § 218 gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

GESINE LÖTZSCH

## 412 Euro weniger

Frauen beziehen durchschnittlich 412 Euro weniger Altersrente als Männer. Laut Rentenversicherungstrug 2022 die Bruttorente bei Männern 1.728 Euro, bei Frauen jedoch nur 1.316 Euro. Die Unterschiede in den Erwerbsbiografien sind daran nur teilweise schuld. Frauen haben meist deutlich weniger Jahre in Erwerbstätigkeit – und mit geringerem Erwerbsumfang – verbracht als Männer.

Frauen weisen mehr Erwerbsunterbrechungen auf und damit verbunden kürzere Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, häufigere Arbeitsphasen in Teilzeit sowie tendenziell niedrigere Erwerbseinkommen.

Und genau dort erklären sich die Unterschiede. Denn: Auch bevor

sie ins Rentenalter eintreten, zeigen sich schon fatale Ungerechtigkeiten, wenn der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ in unserem Land nicht praktiziert wird. Von jedem Euro, den ein Mann verdient, bekommt eine Frau nur 82 Cent. Logisch, dass das dann auch geschlechtsbezogene Ungleichheiten in der Alterssicherung nach sich zieht. Aus der Entgeltlücke von 18 Prozent wird eine Rentenlücke von fast 60 Prozent. Der direkte Weg in die Altersarmut. Höchste Zeit, an diesem System etwas zu ändern!

Höchste Zeit, Frauen die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes Leben als Rentnerin zu ermöglichen, Löhne und Renten fair zu regeln.

ANDREA SCHACHT

# Keine Alternative: Die AfD ist eine rechte Partei

Derzeit gehen Millionen Menschen auf die Straße, um ihre Wut gegen die sogenannten Remigrations-Pläne der AfD zum Ausdruck zu bringen. Aufmerksamkeit auf die Politikpläne der AfD lenkte Anfang Januar eine Recherche von Correctiv e.V. rund um ein Treffen in Potsdam. Dort versammelten sich Mitglieder von AfD, CDU, Werteunion, aber auch Unternehmer:innen und „Freunde“ aus der rechten Szene. In einem Input durfte Martin Sellner, ehemaliger führender Kopf der österreichischen identitären Bewegung, seine Pläne für die Remigration von Migrant:innen und migrantisierten Menschen aus Deutschland vorstellen. Zufall? Nein, nur kurz danach veröffentlicht Martin Sellner in einem rechten Verlag das passende Buch dazu. Eine geplante Kampagne, die dem Österreicher in die Hände spielt. Die Parallelen zur Wannseekonferenz sind verblüffend. Mal wieder, 79 Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus, treffen sich rechte Akteur:innen mit dem Unternehmer:innentum und schmieden Pläne für „Deportationen“ tausender

Menschen, die nicht in ihr völkisches, nationalistisches und rassistisches

Weltbild passen.

Die AfD, 2013 gegründet, ist dabei



**Die Demonstrationen gegen die AfD machen Mut.** Wir wissen aber auch, dass Demonstrationen allein nichts ändern. Die Politik der Bundesregierung muss sich ändern.

einladende Gastgeberin und wichtiger parlamentarischer Arm. Sie hat eine über zehnjährige Geschichte der Radikalisierung hinter sich. Gestartet mit einem Anti-Euro-Kurs unter Lucke, sehen wir nun ein neofaschistisches Gesicht der Partei mit Köpfen wie Höcke oder Maximilian Krah. Schon im Wahlprogramm zur Europa-Wahl heißt es: „Schutz vor Kriegsfolgen ist nur für deren Dauer zu gewähren und darf nicht zu dauerhafter Einwanderung führen. Nicht ‚Resettlements‘, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der Stunde, sondern das Gegenteil: Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.“

Die AfD lebt von rassistischen, aber auch antisemitischen und queerfeindlichen Parolen, stachelt unterschiedliche Gruppen gegeneinander auf und schürt Angst. Sie ist keine Alternative für diejenigen Menschen, die hier leben, die hier prekär beschäftigt arbeiten oder Alleinerziehende. Sie ist eine rechte Partei!

ANIKA TASCHKE

## Chancen eines AfD-Verbots

Die AfD ist eine faschistische Partei, die die demokratische Verfassungsordnung beseitigen möchte. Unter ihrem rassistischen Regime würden Grundrechte und Freiheiten abgeschafft, Menschen mit Migrationshintergrund deportiert und gerade standhafte Linke zu den ersten Opfern gehören.

Auch wenn Die Linke fundamentale Kritik an der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik übt – eine liberale Demokratie mit all ihren Mängeln ist die Basis für unseren Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten.

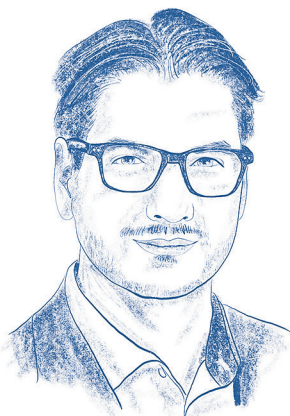
Unser Kampf gegen die AfD muss dabei in alle gesellschaftlichen Sphären getragen werden. Neben breiten gesellschaftlichen Bündnissen und einer Politik des sozialen Zusammenhalts muss auch das Recht seine Rolle spielen. Das Grundgesetz konstituiert eine wehrhafte Demokratie.

Als Lehre aus der quasi-legalen Machtergreifung der Nazis sieht das Grundgesetz ein Parteiverbotsverfahren vor. Und auch wenn die AfD versuchen wird, aus einem Parteiverbotsverfahren politisches Kapital zu schlagen, ein gut vorbereitetes

und zielstrebig geführtes Verfahren kann Strukturen, Finanzen und Personen des organisierten Faschismus in Deutschland entscheidend schwächen.

Es gilt, endlich zu handeln und nicht alles so lange zu zereden, bis es keine politischen Mehrheiten für eine Verfahrenseinleitung mehr gibt.

ANTONIO LEONHARDT



© SAMANTHA KLUG

## Risiken eines AfD-Verbots

Die AfD hat unbestritten bereits heute großen gesellschaftspolitischen Einfluss. Und das ist gefährlich. Es werden Bezahlkarten für Asylsuchende eingeführt, und von den Grünen bis zur CDU debattieren alle über konsequentere Bekämpfung illegaler Einwanderung, als wäre dies Allheilmittel und Ursache für überlastete Kommunen.

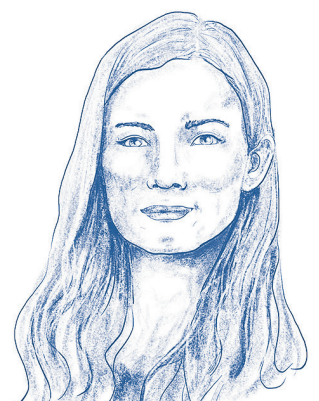
Eine Gefahr beim Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme AfD liegt aber in der Möglichkeit des Scheiterns. Die Hürden sind entsprechend hoch, und inwiefern der Partei als Ganzes ein planvolles Hinarbeiten auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nachweisbar ist, ist offen. Die AfD würde sich beim Scheitern natürlich in ihrer Opfer-Rhetorik bestätigt fühlen. Aber auch im Falle eines Erfolges ist nicht klar, ob nicht eine neue Partei wie die von Hans-Georg Maaßen viel von dem aktuellen Potenzial der AfD aufnimmt, bestenfalls mit entsprechender Verzögerung.

Am wichtigsten bleibt aber zu sagen, dass politisch bisher nicht ernsthaft versucht wurde, gegen die AfD

vorzugehen. Dabei meine ich keine „Wir-demokratische-Parteien-gegen-die-AfD“-Rhetorik, sondern darüber hinaus real entlastende Politik, die die Menschen ernst nimmt. 100 Mrd. Euro für Aufrüstung auszugeben und im gleichen Atemzug eine wirkliche Kindergrundsicherung mit der Begründung mangelnden Geldes abzulehnen, ist mehr als zynisch – ob mit oder ohne Bauchschmerzen.

Dies soll also kein Plädoyer gegen ein AfD-Verbot sein, sondern vielmehr eines dafür, endlich politisch gegen sie vorzugehen.

SAMANTHA KLUG



© SAMANTHA KLUG

# Zurück zum Normalfahrplan

Seit Anfang des Jahres werden die Tarifverträge für die Beschäftigten im Öffentlichen Nahverkehr neu verhandelt. Im Zentrum der Forderungen der von der Gewerkschaft ver.di vertretenen Belegschaftsmitglieder stehen weniger die Gehälter als vielmehr Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen.

Unter dem Motto *#wirfahrenzusammen* setzen sich Beschäftigte des ÖPNV und Aktive von Fridays for Future gemeinsam dafür ein, dass sich insbesondere die Situation im Schichtsystem deutlich verbessert. Als Linke unterstützen wir die Forderungen des Bündnisses. Schließlich ist ein leistungsfähiger Nahverkehr die Basis für eine soziale und ökologische Verkehrswende. Durch vielfältige Maßnahmen machen wir als Fraktion im Abgeordnetenhaus deutlich, dass Klimaschutzpolitik immer auch die Beschäftigten mitnehmen muss.

2024 sollte das Jahr sein, in welchem es dem Senat und der BVG gelingen sollte, zum Normalfahrplan beim Busverkehr zurückzukehren. Aufgrund fehlenden Personals



Janine Wissler wurde von Streikenden am BVG-Depot Siegfriedstraße willkommen geheißen.

schränkte die BVG zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 den Betrieb auf diversen Buslinien ein. Insgesamt 44 Linien sind derzeit von einem ausgedünnten Fahrplan oder Streckenkürzungen betroffen, in Lichtenberg sind es die Linien 108, 240 und 296. Die Bus-Krise droht sich zu einer Krise bei Straßenbahn und U-Bahn auszuweiten.

Anfang Februar besuchte Janine Wissler streikende BVGler vor dem Tram- und Busdepot an der Lichtenberger Siegfriedstraße. Sie machte dort deutlich, dass wir als Linke uns unmissverständlich zum Öffentlichen Personennahverkehr und sein gutes Funktionieren bekennen.

HENDRIKJE KLEIN

# Wahlsieg und Alarmsignal

In Lichtenberg waren am 13. Februar 5838 Wahlberechtigte, und zwar im süd-westlichen Fennpfuhl, im südlichen Weitlingkiez und im nord-östlichen Karlshorst, zur Teil-Neuwahl des Bundestages aufgerufen.

Die Linke legte bei der Zweitstimme knapp vier Prozent zu und wurde mit 23,5 Prozent stärkste Kraft unter den Neuwählenden. Bei der Erststimme erzielten wir mit Gesine Löttsch 30,5 Prozent (+ 2,5 Prozent). Lichtenberg ist damit der einzige Wahlkreis

in Berlin, bei dem die Neuwählenden Die Linke zur stärksten Kraft gemacht haben und der einzige Wahlkreis, in dem Die Linke auch absolut an Stimmen zulegen konnte. Das ist vor dem Hintergrund des schwachen Bundestrends für die Partei von aktuell drei Prozent und der schlechten Wahlbeteiligung ein enormer Mobilisierungserfolg.

Allerdings konnte die AfD ihr Wahlergebnis in Lichtenberg fast verdoppeln, und auch die Protestwahlkam-

pagne der CDU hat bei ihr für Zugewinne gesorgt. Überträgt man diesen Trend auf den Gesamtbezirk, also mit Hohenschönhausen, wo in keinem Wahllokal neu gewählt werden musste, dürften CDU, AfD und Die Linke sehr nahe beieinander liegen.

Fazit: Die Linke hat die Neuwahl gewonnen. Ein Grund dafür ist die dauerhafte Präsenz in den Neuwahl-Kiezen. Das Alarmsignal dürfen wir aber nicht überhören.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

## MIT RAT & TAT

### TERMINE

- **11.3., 19:00 Uhr**  
Bezirksvorstand in der Geschäftsstelle Alfred-Kowalke-Straße 14
- **13.3., 19:00 Uhr**  
LiA Treffen im Wahlkreisbüro Schlüsselburg
- **14.3., 19:00 Uhr**  
Kneipenquiz in der Havanna Bar in Karlshorst
- **20.4., 10:00 Uhr**  
Hauptversammlung, u. a., Wahl der BPT-Delegierten im VaV, Ribnitzer Straße 1b

### SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdB, WK 1**  
Niederkirchnerstraße 5, Fon 01573 434 8586 oder dirk.walls@wk.linksfraktion-berlin.de, Sprechstunde nach Vereinbarung
- **Sebastian Schlüsselburg, MdB, WK 4**  
Casa del Popolo, Buggenhagenstr. 19, Fon 285 065 24 oder schluesselburg.wkb@linksfraktion.berlin, Sprechstunde nach Vereinbarung
- **Hendrikje Klein, MdB, WK 5**  
25.3., 16 – 17 Uhr, Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-Straße 14, Fon 985 653 62 oder team@hendrikjeklein.de

### BERATUNGSANGEBOTE

- **Bürgerhilfe** – Recht, Soziales, Miete nach Vereinbarung, Ralf Schultheiß, Fon 992 707 25
- **Rechtsberatung nach Vereinbarung**, Antonio Leonhardt, Alfred-Kowalke-Straße 14, team@hendrikjeklein.de



Die Linke lud die Wahlkämpfenden zur Dankeschönveranstaltung ein.

## Gemeinsamer Einsatz zahlt sich aus!

**Liebe Wahlkämpfende**, an dieser Stelle möchte ich als Wahlkampfleiter Danke sagen. Ein kurzer, kalter und nasser Wahlkampf liegt hinter uns, in dem viele Genossinnen und Genossen tatkräftige Unterstützung leisteten und dem Wetter trotzten. Aus vielen Ortsverbänden fanden sich emsige Helferinnen und Helfer, die Flyer und Briefe steckten, Info- und Grillstände mitbetreuten oder in den Morgenstunden unsere info links an Bahnhöfen verteilten. Wo ein Genosse ist, ist die Partei – diesem Motto wurden wir in diesem Wahlkampf wieder gerecht. Auch prominente Unterstützung aus dem Bundestag und von der Europakandidatin Ines Schwerdtner trug zu unserem Erfolg bei.

Trotz schwieriger Voraussetzungen durch die Auflösung der Bundestagsfraktion und Abspaltung eines Teils der Partei konnten wir das Erst- und Zweitstimmenergebnis ausbauen. Dies ist ein gemeinsamer Erfolg, auf den wir stolz sein können.

TONI KRAUS

# „In Liebe, eure Hilde“ – Berlinale-Premiere

Es war bereits die 74. Berlinale, die im Februar am Potsdamer Platz eröffnet wurde. Erfunden wurde das Festival einst, um etwas internationalen Glanz in den grauen Berliner Winter zu bringen. In diesem Jahr werden – erfreulicherweise – wieder politische Filme gezeigt. Bereits der Eröffnungsfilm setzt sich mit den grausamen Verhältnissen in den katholischen Magdalenen-Wäschereien in Irland auseinander. Hier sollten bis 1996 (!) sogenannte „gefallene Mädchen“ umerzogen werden. Auch der Eröffnungsfilm im Sommerfestival 2021 hatte eine klare politische Botschaft. „Der Mauretainer“ rief das Unrecht im Gefangenenlager Guantanamo in Erinnerung.

Andreas Dresen zeigt „In Liebe, eure Hilde“. Viele erinnern sich sicher noch an „Gundermann“ oder „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“. Hilde im neuen Film ist Hilde Coppi, eine antifaschistische Widerstandskämpferin, Mitglied der „Roten Kapelle“. Der Anspruch von Andreas Dresen ist es, die Widerstandskämpferin nicht als unerreich-



Bei der diesjährigen Berlinale laufen einige politische Filme.

bare Heroin, sondern als Menschen mit Sorgen, Nöten und Zweifeln zu zeigen. Ich kenne die Namen Hans und Hilde Coppi spätestens seit der 3. Klasse, als ich die Hans-Coppi-Schule in Karlshorst besuchte. Anfang der 1990er Jahre wurde eine teils sehr unwürdige Diskussion über die Tilgung des Namens angestoßen. Das wurde abgewehrt. Besser noch: Die Schule trägt jetzt den Namen von Hans UND Hilde Coppi.

In Lichtenberg, im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd, sind etliche Straßen nach Mitgliedern der Roten Kapelle benannt. Es gibt auch ein Denkmal, das an Flugblattaktionen erinnert. Gern erinnere ich mich an eindrucksvolle Begegnungen mit Hans Coppi, dem Sohn von Hilde. Hilde wurde wenige Monate nach seiner Geburt 1942 am 5. August 1943 in Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet.

Ich wünsche diesem wichtigen Film viele Zuschauerinnen und Zuschauer. Möge Hilde Coppi unvergessen bleiben. GESINE LÖTZSCH

## Time to say Good bye

Seit Oktober 2014 liegt der Druck unserer info links in den Händen des BVZ Berliner Zeitungsdruck. Äußerst zuverlässig, pünktlich und einvernehmlich verlief die Zusammenarbeit seitdem, immer darauf bedacht, das Konzept der Redaktion gut umzusetzen, manchmal auch unsere Sonderwünsche zu erfüllen und eine ordentliche Qualität zu liefern. Herzlichen Dank dafür!

Aber nun müssen wir Abschied

nehmen. Unsere März-Zeitung ist die letzte Ausgabe, die aus den Druckmaschinen läuft, bevor dort das Licht ausgeht. Leider! Niemand kann mehr sagen, wieviel Tonnen Papier in dieser Zeit für Lichtenberg produziert wurden, wieviel schwarze und bunte Farbpatronen verbraucht wurden und wieviel Druckerschwärze an meinen Händen klebte nach dem Verteilen. Egal! Vielen, vielen Dank für alles!

ANDREA SCHACHT



**Geschäftsstelle Die Linke**  
Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

#### Öffnungszeiten:

- Dienstag 12–17 Uhr
- Mittwoch 12–17 Uhr
- Donnerstag 12–17 Uhr
- Freitag 12–17 Uhr

Vom 23.2. bis 19.3.2024 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Telefon 512 20 47  
info@die-linke-lichtenberg.de

#### info links wird herausgegeben von:

Die Linke, Landesvorstand Berlin  
**Redaktionsadresse:**  
Geschäftsstelle der Partei Die Linke  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin  
Fon: (030) 512 20 47  
Fax: (030) 516 592 42  
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de  
Web: www.die-linke-lichtenberg.de  
V.i.S.d.P.: Camilla Schuler

#### Redaktionsschluss:

Ausgabe März, 22. Februar 2024.  
Die nächste Ausgabe erscheint am 25. April 2024.

#### Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

**Die info links kann man auch online abonnieren:** Interessent:innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

#### Spendenkonto:

Die Linke. LV Berlin / Lichtenberg  
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803  
BIC: DE UT DE DB 110  
Bitte immer Verwendungszweck angeben:  
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

## DISKUSSION

- **Dienstag, 5.3., 18:30 Uhr**  
Jüdische und muslimische Perspektiven auf das Zusammenleben in der Stadt der Vielfalt nach dem 7. Oktober. Mit: Seyran Ateş, Mitbegründerin der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, und Boris Ronis, Gemeinderabbiner der Synagoge Rykestraße, Stadtbad, Hubertusstraße 47–49

## THEATER

- **Dienstag, 12.3., 19:30 Uhr**  
Das kleine Theater, GLÜCK UND ANDERE SCHÖNE LÜGEN, Erzählungen von Guy de Maupassant, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Dienstag, 19.3., 10 Uhr**  
FUNKEN, Uraufführung, Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Mittwoch, 20.3., 18 Uhr**  
Premiere: Ensemble Angestrahlt Theater Strahl, Marktstraße 11
- **Mittwoch, 20.3., 18 Uhr**  
FROM HERE, Film und Publikumsgespräch im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus, Theater an der Parkaue

## KONZERT

- **Sonntag, 16.3., 19:30 Uhr**  
Klassikkonzert, mit der Stimme von Pablo Casals, Klassik und katalanische Folklore, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

## LESUNG

- **Mittwoch, 13.3., 15 Uhr**  
Ursula Ulbricht liest: „Ganz dumme Geschichten von Klein Erna und Geschichten vom Herrn B.“, Mellenseestraße 24

## BIBLIOTHEKEN

- **Donnerstag, 11.3., 19 Uhr**  
Zum Internationalen Frauentag liest Angelika Neutschel aus ihrem Buch „Den Frauen nach: Ein Spaziergang am Landwehrkanal“, Bibliothek, A.-Saefkow-Platz 14
- **Sonntag, 16.3., 16 Uhr**  
Bilderbuchkino: Kann ich mitspielen?, für Kinder ab 5 J., Bibliothek im Linden-Center Hohenschönhausen, Prerower Platz 2
- **Dienstag, 19.3., 19 Uhr**  
BVV-Planspiel Radeln statt rasen, Wie entscheiden sich die Abgeordneten?, Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Donnerstag, 21.3., 19 Uhr**  
Reisebilder: „Jurtenland“, Fahrradexpedition in die Mongolei, Live Dia-Show mit Thomas Meixner, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149